

Dreieinhalb Jahre für Friedensvideo

drwn.de/de/dreieinhalb-jahre-fuer-friedensvideo/

Wer hat je von Ruslan Kozaba gehört? Sucht man bei Google nach dem Namen – Ruslan Kozaba oder Ruslan Kotsaba –, kommen Links zu Webseiten an beiden politischen Rändern. Es ist das Umfeld, dem der Vorwurf „Lügen- oder Lückenpresse“ an die Adresse der deutschen Leitmedien gerichtet entstammt.

Gräbt man tiefer, finden sich dann doch noch einige Leitmedien, aber es sind ganz wenige und alle aus dem Februar 2015, über ein Jahr her: einmal Tagesschau, einmal Süddeutsche Zeitung, einmal die taz ... zählt die schon dazu?

Seitdem interessiert sich in den Vorstandsetagen der deutschen Medienlandschaft für Ruslan Kozaba kein Mensch.

„Ich gegen die Mobilisierung“

Wer ist nun dieser Kozaba? Geboren wurde er 1966 im galizischen Iwano-Frankiwsk in der Westukraine, bis 1918 als Stanislaus Teil der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Kozaba ist Ökologe und Magister für Staatsverwaltung. In Iwano-Frankiwsk leitete er die Fischereiinspektion und die Ausländerbehörde. Zur Zeit der orangen Revolution 2004/05 gehörte er zu den Anführern der pro-westlichen Demonstranten, ein Jahr später war er Vorsitzender der Gebietsorganisation der pro-europäischen Partei „Pora“. Irgendwann hat er sich für den Beruf des Journalisten entschieden. Als 2014 der Bürgerkrieg ausbrach, berichtete er als freier Korrespondent des ukrainischen TV-Kanals 112 von beiden Seiten der Front.

Schon bald wurde deutlich, dass er dem ukrainischen Militär und den nationalistischen Freikorps die erwartete Glorifizierung im „Anti-Terror-Kampf“ der Regierung Poroschenko-Jazenjuk verweigerte. Es war die Zeit um den Jahreswechsel 2014/15, als das Militär erhebliche Mobilisierungen plante – die Wochen vor dem blutigen Kampf um den Donezker Flughafen, vor der Schlacht um den Kessel von Debalzewo, vor Minsk-2. Noch glaubte die Regierung an einen möglichen militärischen Sieg, noch hoffte man auf Waffenlieferungen aus Westeuropa und den USA.

Mitte Januar 2015 verbreitete Kozaba ein schlichtes Video auf YouTube: „Ich gegen die Mobilisierung“. Es ist ein Video-Selfie – Kozaba filmt sich, während er in ukrainischer Sprache erläutert, warum er den Kriegsdienst verweigern wird:

Ich sitze besser zwischen zwei oder fünf Jahre im Gefängnis, als bei vollem Bewusstsein meine eigenen Landsleute im Osten zu töten. (...) Stoppt diese Mobilisierung, denn es ist die Hölle, es ist das Grauen. Es kann doch nicht möglich sein, dass im 21. Jahrhundert Menschen einander umbringen, nur weil die einen für sich leben wollen.

In dem Video nennt er den Konflikt im Donbass – im Widerspruch zur offiziellen Diktion – einen Bürgerkrieg. Und er sagt, dass sich in der Ostukraine keine russischen Truppen aufhalten. Bereits zuvor hatte er sich in einem Interview mit russischen Medien für die Möglichkeit eines separaten Donbass unabhängig von der Ukraine ausgesprochen.



Ruslan Kozaba

Höchststrafe 15 Jahre

Aus Sicht der russischen Medien war Kozaba ein gefundenes Fressen. In Moskau lud man ihn in die Talkshow „Sonderkorrespondent“ ein. Aber auch die ukrainischen Sicherheitsbehörden interessierten sich für ihn. Am 7. Februar 2015 wurde er in Iwano-Frankiwsk verhaftet. Die Vorwürfe gegen ihn lauteten auf Hochverrat und Behinderung der ukrainischen Streitkräfte. Höchststrafe 15 Jahre.

In jenen Tagen im Winter 2015 berichteten die Tagesschau, die Süddeutsche Zeitung und die TAZ kurz über den Fall. Der Tenor war eindeutig – im Kampf um die Wahrheit und gegen die russische Propaganda schießen die ukrainischen Behörden eben auch mal übers Ziel hinaus. Zu anderen Zeiten hätte man geschrieben: Wo gehobelt wird, da fallen Späne.

Kozaba blieb in Haft und wurde vergessen. Jedenfalls von allen, die in Deutschland den medialen Ton angeben.

„Warum erniedrigt man den Staat“

Schließlich kam der Tag des Urteils, der 12. Mai 2016. Gestern. Der Gerichtssaal in Iwano-Frankiwsk war überfüllt, Freunde, Verwandte und Journalisten drängten hinein. 13 Jahre hatte der Staatsanwalt gefordert, 13 Jahre für Hochverrat und Behinderung der Streitkräfte. Noch vor der Urteilsverkündung erhob der Angeklagte seine Stimme:

Ich schäme mich, wie die Ukraine heute mit diesem Urteil erniedrigt wird. Mir drohen 13 Jahre. Und stellen Sie sich vor – ich habe nichts gestohlen, niemanden getötet, ich besitze keine Offshore-Konten. Warum erniedrigt man mich, warum erniedrigt man den Staat? Ich habe nichts anderes gewollt als die Menschen zu informieren darüber, was im Osten vor sich geht, in der sogenannten Anti-Terror-Zone. Weil es nämlich die Oligarchen sind, die diesen Krieg heraufbeschwört haben, statt sich an einen Tisch zu setzen.

Das Urteil lautete dann nicht auf 13 Jahre, sondern „nur“ auf dreieinhalb bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Immerhin hatte der Richter den Schneid, den Vorwurf des Hochverrats mangels Beweisen fallen zu lassen. Was blieb, war die Behinderung der Streitkräfte, ausgelöst durch den Aufruf Kozabas, der Mobilisierung nicht Folge zu leisten.

Eisernes Schweigen der Medienfront

Amnesty International fordert seit langem seine Freilassung; auch im europäischen Parlament gibt es ähnliche Initiativen. Was auffällt, ist das eiserne Schweigen der deutschen Medienfront. Freiwillig oder unfreiwillig, Unwissenheit kann es nicht sein. Es werden Nachrichten unterschlagen, die nicht dem offiziellen Bild entsprechen.

Mit dem gleichen Schweigen quittierten die deutschen Medien vor knapp zwei Wochen [das ukrainische Einreiseverbot für zwei deutsche und einen polnischen Journalisten](#), die aus Odessa vom zweiten Jahrestag des „Massakers von Odessa“ berichten wollten, bei dem Anfang Mai 2014 fast ein halbes Hundert pro-russische Demonstranten getötet worden waren. Einer der beiden Deutschen war der langjährige Moskau-Korrespondent Ulrich Heyden – ebenso wie seine beiden Berufskollegen darf er jetzt fünf Jahre lang nicht in die Ukraine einreisen.

Man stelle sich vor, es wäre nicht die „liberale“ und „demokratische“, pro-westliche Ukraine gewesen, die das Urteil gegen Kozaba und die Einreiseverbote gegen die Journalisten ausgesprochen hätte. Man stelle sich vor, spekulativ und nur als Beispiel, es wäre das „asiatisch-despotische“ Russland gewesen. Der Kreml. Putin.

Das ist gemeint, wenn von doppelten Standards die Rede ist.

(Bild: Mykola Vasylechko via [Wikimedia Commons](#))

Copyright © 2016 — [DRWN](#). Alle Rechte vorbehalten